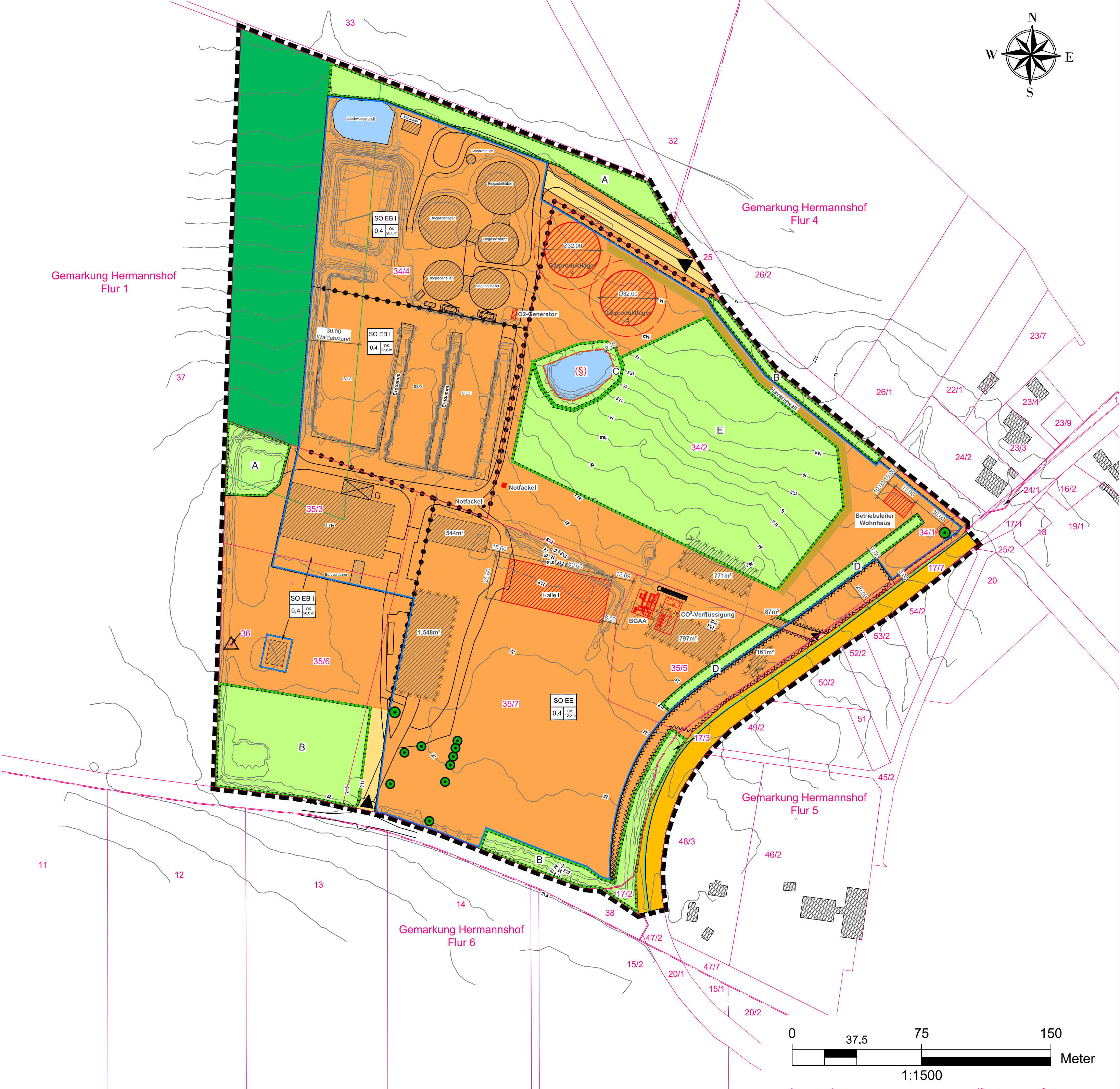


# SATZUNG DER GEMEINDE SAAL ÜBER DIE 2. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANS NR. 1 "BIOGAS - ANLAGE HERMANNSHOF"

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Oktober 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 257) in Verbindung mit der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVObI. M-V 2015, S. 344), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. März 2025 (GVObI. M-V S. 130) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom ..... folgende Satzung über die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 "Biogas - Anlage Hermannshof" der Gemeinde Saal, bestehend aus der Planzeichnung (TEIL A) und dem Text (TEIL B) erlassen:

## PLANZEICHNUNG TEIL A



### Rechtsgrundlagen

- Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Oktober 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 257)
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)
- Planzeichenverordnung (PlanZV) i. d. F. der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 12. August 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189)
- Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Mai 2024 (GVObI. M-V S. 270, ber. S.351), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 18. März 2025 (GVObI. M-V S. 130, 136)
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323)
- Gesetz des Landes Mecklenburg - Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz - NatSchAG M-V) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. Februar 2010 (GVObI. M-V S. 66), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 2023 (GVObI. M-V S. 546)
- Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) i. d. F. der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVObI. M-V 2015, S. 344), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. März 2025 (GVObI. M-V S. 130)
- Waldgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Landeswaldgesetz - LWaldG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 27. Juli 2011 (GVObI. M-V S. 870), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Mai 2021 (GVObI. M-V S. 790, 794)
- Hauptsatzung der Gemeinde Saal in der aktuellen Fassung

### Planzeichenerklärung

I. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanZV vom 18.12.1990, zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 12. August 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189))

#### 1. Art und Maß der baulichen Nutzung

sonstiges Sondergebiet (§ 11 BauNVO)

SO EE Nutzungsschablone  
Bauliche Nutzung: SO EE, sonstiges Sondergebiet erneuerbare Energie  
Grundflächenzahl, Höchstmaß: 0,4  
Oberkante in m, Höchstmaß: 40,0. Absolute Höhenangabe im Bezugssystem DHHN.

SO EB I Nutzungsschablone  
Bauliche Nutzung: SO EB I, sonstiges Sondergebiet Energie aus Biomasse  
Grundflächenzahl, Höchstmaß: 0,4  
Oberkante in m, Höchstmaß: 28,0. Absolute Höhenangabe im Bezugssystem DHHN.

#### 3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

Baugrenze (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 BauNVO)

#### 4. Verkehrsflächen

private Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

öffentliche Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Einfahrt (§ 9 Abs. 1 Nr. 4, 11 BauGB)

Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

#### 5. Grünflächen

Private Grünfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

A/B/C/D/E Bezug zu den textlichen Festsetzungen unter 1.2

#### 6. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses

Wasserflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)

#### 7. Flächen für die Landwirtschaft und Wald

Flächen für Wald (§ 9 Abs. 1 Nr. 18 und Abs. 6 BauGB)

#### 8. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Bäume erhalten (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe b) und Abs. 6 BauGB)

#### 9. Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugebieten, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebiets (z.B. § 1 Abs. 4 § 16 Abs. 5 BauNVO)

Umgrenzung der von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 und Abs. 6 BauGB)

#### 10. Hinweise

Abzubrechendes Gebäude

Gebäude Bestand

geplante bauliche Anlagen

Kataster

Höhe über NHN

Bemaßung

Geodätischer Festpunkt

#### 11. Darstellung ohne Normcharakter

Gebäude Bestand

geplante bauliche Anlagen

Kataster

Höhe über NHN

Bemaßung

Geodätischer Festpunkt

#### II. Nachrichtliche Übernahme

gesetzlich geschütztes Biotop (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)

### Hinweise

#### Vermeidungsmaßnahmen

VM-1: Bauzeitenregelung und Einsetzen einer ökologischen Baubegleitung (ÖBB) zur Überwachung, Anleitung und Dokumentation der u. g. Artenschutzmaßnahmen

Die Durchführung der Bauarbeiten sollte grundsätzlich außerhalb der Hauptaktivitätszeiten störungsempfindlicher Artengruppen erfolgen - insbesondere der Avifauna, Reptilien, Amphibien und Fledermäuse. Diese liegt typischerweise im Zeitraum März bis September.

Insbesondere zum Schutz von Fledermäusen, aber auch anderer nachtaktiver Tierarten, ist auf nächtliche Bautätigkeiten zu verzichten, da diese zu erheblichen Störungen führen können (siehe VM-3).

Arbeiten im Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 28./29. Februar werden daher aus naturschutzfachlicher Sicht empfohlen; im Zeitraum vom 1. März bis zum 30. September sind solche Maßnahmen hingegen nicht zulässig.

Sollten dennoch Eingriffe oder Bautätigkeiten außerhalb dieses Zeitfensters erforderlich sein, ist frühzeitig eine ökologische Baubegleitung (ÖBB) einzusetzen. Die ÖBB übernimmt die Überwachung, fachliche Anleitung und Dokumentation aller artenschutzrechtlich relevanten Maßnahmen.

VM-2: Gehölzschnitt nur außerhalb der Brutzeit

Zur Vermeidung von Störungen oder der Zerstörung von Brutstätten gehölzwohnender Vogelarten sind Gehölzschnittarbeiten im Zeitraum vom 1. März bis zum 30. September unzulässig und dürfen ausschließlich außerhalb dieser Brutzeit (1. Oktober bis 28./29. Februar) durchgeführt werden. Sollte ein Gehölzeingriff außerhalb dieses Zeitraums zwingend erforderlich sein, ist vorab eine Kontrolle durch eine fachkundige Person durchzuführen, um das Vorhandensein besetzter Nester oder Brutplätze auszuschließen.

VM-3: Bauarbeiten im Tagelzraum

Im Rahmen des Vorhabens sind reguläre nächtliche Bautätigkeiten nicht vorgesehen. Sollte es dennoch zu Arbeiten in den Abend- oder frühen Morgenstunden kommen, ist durch den Einsatz von Lichtblenden an den Beleuchtungseinrichtungen sicherzustellen, dass die Lichtkegel gezielt auf die Arbeitsbereiche gerichtet sind und eine unnötige Ausleuchtung der umgebenden Flächen vermieden wird.

Es sollen Leuchtmittel mit geringem UV- und Blauanteil eingesetzt werden, wie etwa orangefarbene oder warmweiß leuchtende LED-Lampen. Diese Lichtquellen strahlen in einem für den Menschen gut wahrnehmbaren Wellenlängenbereich, der jedoch von Insekten nur in geringem Maße wahrgenommen wird. Dadurch wird die Anlockwirkung auf Insekten reduziert, was wiederum das Auftreten von prädatoren Arten verringert. Zudem wird eine Beeinträchtigung der nächtlichen Jagdaktivitäten von Fledermäusen vermieden.

VM-4: Reptilien- und Amphibienzaun während der Aktivitätszeit

Bei den eingesetzten Zäunen handelt es sich in der Regel um etwa 50 cm hohe, opake Kunststoffbarrieren, die entlang von Straßen oder Zuwegungen installiert werden. Sie dienen der gezielten Lenkung möglicher Wanderbewegungen und tragen dadurch zur Reduzierung des Kollisions- sowie Mortalitätsrisikos für sämtliche potenziell betroffene Amphibien- und Reptilienarten bei.

Die Aktivitätszeit der Amphibien liegt in Abhängigkeit von Witterung und Art zwischen Ende Februar und Ende Oktober, wobei die Hauptwanderphasen im Frühjahr (März - April) sowie im Herbst (September - Oktober) stattfinden.

Für Reptilien, insbesondere die Zauneidechse (Lacerta agilis), erstreckt sich die Aktivitätszeit in der Regel von April bis September.

Die genaue Positionierung der Zäune ist im Rahmen der ökologischen Baubegleitung (ÖBB) in Abstimmung mit einer fachkundigen Person festzulegen. Die Errichtung der Schutzzäune hat rechtzeitig vor Beginn der Bauarbeiten entlang der Baugrenze zu erfolgen. Nach Abschluss der Baumaßnahme sind die Vorrichtungen vollständig zurückzubauen.

Sollten dennoch vor dem Eingriff Individuen von Zauneidechsen oder Amphibien nachgewiesen werden, sind diese in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde (UNB) durch geeignete Absperrungen vom Baugeschehen fernzuhalten bzw. in geeignete und ggf. herzustellende Ersatzhabitate umzusetzen.

VM-5: Staub- und Lärmemissionsvermeidung während der Bauphase

Während der Bauphase sind Lärm- und Staubemissionen durch entsprechende organisatorische und technische Maßnahmen (z.B. Abdeckung von Baustoffen, Beregnung bei Trockenheit, lärmarme Baugeräte) zu minimieren.

Diese Maßnahme dient dem Schutz empfindlicher Arten und der Gesundheit des Menschen.

VM-6: Maßnahme zur Vermeidung von Kleintierfallen

Vorgesehene Gullys, Kabelschächte oder vergleichbare bauliche Strukturen können das Risiko von Verletzungen oder Mortalität insbesondere für Kleintiere erheblich erhöhen, wenn gleich solche Gefahren durch geeignete Maßnahmen vermeidbar sind. Daher sind Gullys und Schächte mit Ausstiegshilfen in Form von Lochblechen auszustatten. Zudem wird empfohlen, zur Abdeckung von Kabelschächten kleinschalige Gitter mit einer Maschenweite von 3-4 mm zu verwenden.

### Plangrundlage

Ämtliches Liegenschaftskataster, sowie Geodaten des Landesamtes für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Amt für Geoinformation, Vermessungs- und Katasterwesen, Lübecker Straße 289, 19059 Schwerin von 2023

Lagebezugssystem: ETRS89, UTM 33N, EPSG-Code 25833; Höhenbezug DHHN2016

### Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans ist im Plan im Maßstab 1:1.500 dargestellt und beläuft sich auf eine Gesamtfläche von etwa 13,6 ha. Er erstreckt sich auf die Flurstücke 34/1, 34/2, 34/4, 35/3, 35/5, 35/6, 35/7 und 36 der Flur 1 sowie auf die Flurstücke 17/2, 17/3, 17/7 (tlw.) der Flur 5 in der Gemarkung Hermannshof .

### Verfahrensvermerke

Der katastermäßige Bestand im Geltungsbereich des Bebauungsplanes am ..... wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgte, da die rechtsverbindliche Liegenschaftskarte (ALKIS®

-Grunddatenbestand) im Maßstab 1:1000 vorliegt. Regressansprüche können nicht abgeleitet werden.

Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur  
....., den ..... Siegel .....

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom ..... Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte entsprechend der Hauptsatzung der Gemeinde Saal auf der Homepage des Amtes Barth unter der Adresse <http://www.amt-barth.de> sowie an den Bekanntmachungsstellen.

Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 17 des Gesetzes über die Raumordnung und Landesplanung des Landes MV (LPIG) am ..... informiert worden.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB wurde in Form einer öffentlichen Auslegung vom ..... bis zum ..... durchgeführt.

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom ..... zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Die Gemeindevertretung hat am ..... den Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom ..... zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) einschließlich Begründung und Umweltbericht, sowie die wesentlichen, umweltbezogenen Stellungnahmen hat in der Zeit vom ..... bis ..... während der Dienststunden im Amt Barth, Teergang 2, 18356 Barth sowie auf der Internetseite des Amtes Barth sowie auf dem Bau- und Planungsportal ([https://www.bauportal-mv.de/bauportal/Plaene\\_inf\\_Aufstellung](https://www.bauportal-mv.de/bauportal/Plaene_inf_Aufstellung)), nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, an den Bekanntmachungsstellen sowie auf der Homepage des Amtes Barth unter der Adresse <http://www.amt-barth.de> bekannt gemacht worden.

Saal, den ..... Siegel ..... Der Bürgermeister

2. Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden am ..... geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wurde am ..... von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 mit dem Umweltbericht wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom ..... gebilligt.

Die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wird hiermit ausgesetzt.

Saal, den ..... Siegel ..... Der Bürgermeister

4. Der Satzungsbeschluss der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 und die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von allen Interessenten eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft erteilt, sind auf der Homepage des Amtes Barth unter der Adresse <http://www.amt-barth.de> sowie an den Bekanntmachungsstellen ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung einschließlich der sich ergebenden Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB, § 5 Abs. 5 KV M-V) sowie die Möglichkeit, Entschädigungsansprüchen geltend machen und das Erlöschen dieser Ansprüche (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist am ..... in Kraft getreten.

Saal, den ..... Siegel ..... Der Bürgermeister

### TEXT - TEIL B

#### Planungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 9 BauGB

##### 1.1 Art und Maß der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 BauGB

1.1.1 Das sonstigen Sondergebiete Energiegewinnung aus Biomasse (SO EB I) dienen gemäß § 11 Absatz 2 BauNVO der Errichtung und dem Betrieb von Biogasanlagen einschließlich der hierzu notwendigen Nebenbauten und deren technische Erschließung. Zulässig sind insbesondere Fahrsiloanlagen, Annahmehäuser/BHKW, Fermenter, Nachgärer, Gärrestbehälter, abflussslose Sammelgruben, Gebäude und Anlagen zur Wärmeherzeugung, -lieferung und -nutzung sowie Separation, Trocknung und Verarbeitung von Biogas und Gärresten, Büro- und Sozialgebäude, Wohnungen für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die den Einrichtungen des Sondergebietes zugeordnet und ihnen gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind, Anlagen zur Holz- oder Trocknung und Verarbeitung, Betriebsanstellstellen.

1.1.2 Das sonstige Sondergebiet „Erneuerbare Energien“ (SO EE) dient gemäß § 11 Absatz 2 BauNVO der Errichtung und dem Betrieb von Biogas-/Biomethanerzeugungs-, aufbereitungs- und -einspeisungsanlagen einschließlich der Nebenanlagen wie Fahrsilos und Lagerbehälter sowie deren technische Erschließung. Zulässig sind Fahrsiloanlagen, Annahmehäuser, Blockheizkraftwerke (BHKW), Fermenter, Nachgärer, Gärrestbehälter, abflussslose Sammelgruben, Gebäude, Wasserbehälter, bauliche Anlagen zur Wirtschaftsdüngerlagerung mit erforderlichen Nebenanlagen und Anlagen zur Verarbeitung, Separation, Trocknung, Lagerung von Gärresten, Photovoltaikanlagen, Batterie-Energie-Speicher-Systemen, Elektrolyseur, Wohnungen für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die den Einrichtungen des Sondergebietes zugeordnet und ihnen gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind, Gebäude und Anlagen zur Verarbeitung, Aufbereitung und Einspeisung von Biogas, CNG- und LNG-Gas. Anlagen zur Erzeugung, Aufbereitung und Lagerung von Wasserstoff, CO<sub>2</sub>-Verflüssigungen und Treibstoff, die CO<sub>2</sub>-reduzierend und klimaschützend sind, sind ebenso zulässig wie Tankstellen.

1.1.3 Ausnahmen gemäß § 16 Abs. 6 BauNVO vom Höchstmaß der festgesetzten Höhen baulicher Anlagen sind innerhalb des Sonstigen Sondergebietes „Erneuerbare Energien“ (SO EE) und „Energiegewinnung aus Biomasse“ (SO EB I) für technische Aufbauten wie Schornsteine, Abluftkamine, Blitzschutzanlagen oder Lüftungsrohre zulässig.

1.1.4 Die maximale Grundflächenzahl ist für das sonstigen Sondergebiete „Energiegewinnung aus Biomasse“ (SO EB I) gemäß § 17 Absatz 1 BauNVO auf 0,40 begrenzt.

1.1.5 Die maximale Grundflächenzahl für das Sonstige Sondergebiet „Erneuerbare Energien“ gemäß § 17 Abs. 1 BauNVO wird auf 0,40 begrenzt.

##### 1.2 Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

1.2.1 Fläche A, B und C sind in ihrem ökologischen Zustand zu erhalten und nicht zu verändern.

1.2.2 Die mit D gekennzeichneten Flächen (Sichtschutzwall) sind als Hecken zu bepflanzen. Es sind standortheimische Gehölzarten zu verwenden. Am süd-östlichen Rand der Feldhecke sind Strukturelemente in Form von Sandhaufen, Totholzstelen und Feldsteinhaufen anzulegen, die der Zauneidechse als Ersatzhabitat dienen.

1.2.3 Die mit E gekennzeichnete Fläche (Grünland) ist als extensive Mähwiese zu pflegen und dem Storch dauerhaft als Nahrungsfläche zu erhalten.

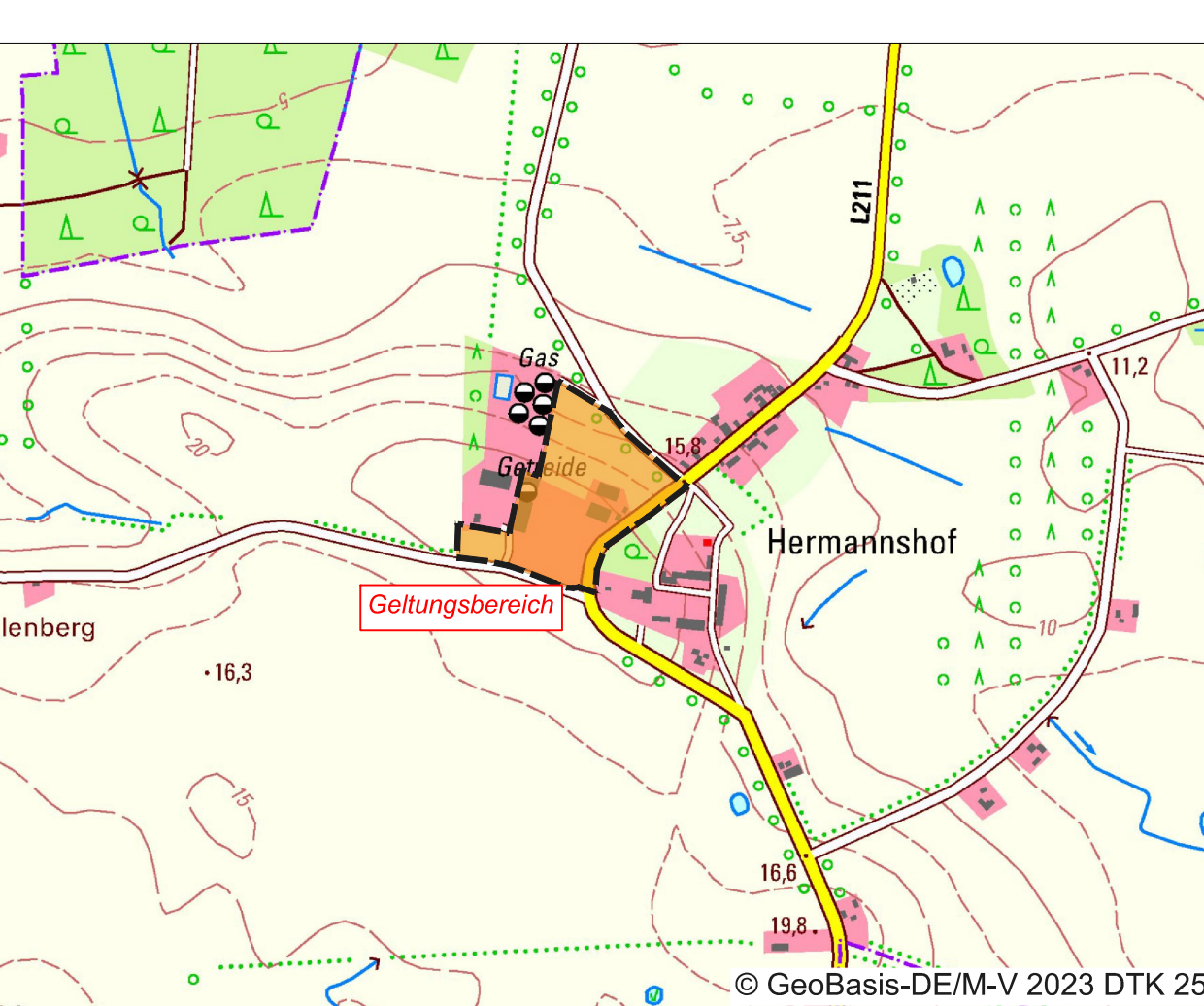
##### 1.3 Immissionsschutz § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB

1.3.1 Zur Gewährleistung des Immissionsschutzes gegenüber den angrenzenden schutzbedürftigen Nutzungen sind für die nachfolgenden Anlagenteile der Biogasanlage folgende maßgebliche A-bewertete Schallleistungspegel festgesetzt:

- Biogasaufbereitungsanlage (BGAA) - Kompressor: L<sub>WA</sub> = 90 dB(A)
- CO<sub>2</sub>-Verflüssigung - Kompressor: L<sub>WA</sub> = 90 dB(A)
- CO<sub>2</sub>-Verflüssigung - Kühltowersystem: L<sub>WA</sub> = 90 dB(A)

Abweichungen einzelner Komponenten von diesen Werten sind zulässig, sofern nachgewiesen wird, dass sich unter Berücksichtigung aller Anlagenteile keine Erhöhung der maßgeblichen Immissionspegel an den nächstgelegenen Immissionsorten ergibt. Der Nachweis ist der zuständigen Immissionsschutzbehörde vorzulegen.

### Übersichtskarte



## 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 "Biogas - Anlage Hermannshof" der Gemeinde Saal